

**Guten Tag,
liebe Leserinnen und Leser,**

mit diesem FW-aktuell möchten wir Sie über die Aktivitäten der Freien Wähler in Gießen informieren. Als Wählervereinigung haben wir uns in Gießen verpflichtet, sachlich und konstruktiv an der kommunalpolitischen Arbeit teilzunehmen. Frei von ideologischen Zwängen entscheiden wir uns bei Abstimmungen immer an sachlichen Gesichtspunkten. In unserer Satzung können Sie dies nachlesen (Homepage: www.fw-giessen.de).



Mit vielen Anträgen an die Gießener Stadtverordnetenversammlung und in Presseberichten haben wir gezeigt, dass wir als „Oppositionsfraktion“ einerseits, aber auch als mitgliederstarke Wählervereinigung andererseits Akzente in der Gießener Kommunalpolitik setzen. Gerade im Hinblick auf die zunehmende Zahl der Asylbewerber in den Erstaufnahmeeinrichtungen in Gießen waren und sind wir die einzige kommunalpolitische Kraft gewesen die konstruktiv Initiativen zur Verbesserung der finanziellen, personellen und organisatorischen Probleme rund um die HEAE ergriffen hat. Einzelheiten siehe Innenseiten dieses FW-aktuell.

Die steigenden Flüchtlingszahlen werden uns in den nächsten Jahren in der Kommunalpolitik vorrangig beschäftigen. Die Auswirkungen sind jetzt schon mehr als deutlich. Betroffen von der Flüchtlingswelle sind die Finanzen der Stadt, das Schulwesen, die Kindergärten, der Nahverkehr, Ordnung und Sicherheit usw. usw.. Dabei geht es nicht um „die“ oder „den“ Asylbewerber als Person, sondern um die vielfältigen Probleme die in Verbindung damit durch unsere Stadt gelöst werden müssen. Die Asylpolitik wird in Berlin und Wiesbaden entschieden, wir als Kommunalpolitiker müssen zusehen wie wir dies im Interesse unserer Bürgerschaft einigermaßen zufriedenstellend bewerkstelligen können. Wir wollen mit dazu beitragen, dass man sich in Zukunft frei von Sorgen und Ängsten bewegen kann.

Ihr
Johannes Zippel
FW-Stadtverbandsvorsitzender

Erstattung der KITA-Gebühren

Die Fraktion der Freien Wähler hatte folgenden Antrag in der Stadtverordnetenversammlung über den Ausschuss für Planen und Bauen gestellt:

Der Magistrat der Stadt Gießen wird gebeten zu prüfen, ob und wie die Elternbeiträge für die durch den Streik der Erzieher/-innen entfallenen Betreuungszeiten in den Kindertagesstätten erstattet werden können.

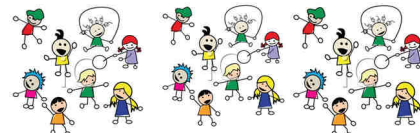
Begründung:

Es kann nicht angehen, dass die Eltern Gebühren für die Betreuung ihrer Kinder in den Kindertagesstätten auch an den Streiktagen der Erzieher/-innen bezahlen müssen. Den Eltern entstehen – wenn es keine von der Stadt erfolgte Notlösung gibt – zusätzlich erhebliche Kosten für die Betreuung der Kinder an den Streiktagen. Die Stadt Gießen spart aber im Gegenzug durch die „Streikgelder“ der streikenden Erzieher/-innen weil für

diese Tage kein Gehalt gezahlt wird. Nach dem Sozialgesetzbuch haben die Eltern einen Rechtsanspruch auf Unterbringung ihrer Kinder. Dies kann an den Streiktagen nicht gewährleistet werden. Daher wäre eine Erstattung der Gebühren für die Streiktage nicht mehr als angemessen.

Anmerkung:

Zuerst wollte der Magistrat nichts von einer Erstattung wissen. Nachdem die Freien Wähler den Antrag stellten und es Proteste der Eltern gab wurde eine Magistratsvorlage zur Erstattung der KITA-Gebühren während des Streiks erstellt. Damit wurden auch die Forderungen der Freien Wähler erfüllt.



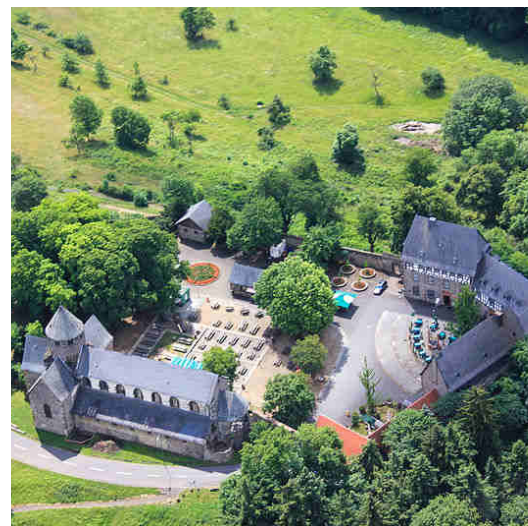
Hinweisschilder auf den Schiffenberg

Die Fraktion der Freien Wähler hatte folgenden Antrag in der Stadtverordnetenversammlung über den Ausschuss für Planen und Bauen beantragt:

Der Magistrat der Stadt Gießen wird gebeten zu veranlassen, dass für Wanderer und Radfahrer im Umkreis des Schiffenberg – insbesondere im Schiffenberger Wald – die Wege auf den Schiffenberg deutlich mit Hinweisschildern versehen werden.

Begründung:

Es kann nicht angehen, dass viele Wanderer und Radfahrer durch die nicht oder nur sporadische vorhandene Ausschilderung auf den Schiffenberg zum Teil große Umwege gehen oder fahren, bis sie den richtigen Weg auf den Schiffenberg gefunden haben. Wiederholt kam es deswegen bereits zu Unmutäußerungen der Besucher bei den verschiedenen Veranstaltungen auf dem Schiffenberg. Hier sollte schnellstmöglich Abhilfe geschaffen werden.



Anmerkung: Der Antrag wurde von der Stadtverordnetenversammlung einstimmig angenommen.

Appell an die Hess. Landesregierung zur finanziellen und personellen Unterstützung für die HEAE

Die Fraktion der Freien Wähler hatte folgenden Antrag in der Stadtverordnetenversammlung im Juli 2015 behandeln lassen:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Gießen appelliert an die Hessische Landesregierung die unter dem Schutzschirm des Landes Hessen stehende Universitätsstadt Gießen, finanziell - und auch personell - im Rahmen der städtischen Aufgaben für die in Gießen eingerichtete und ständig erweiterte Erstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge und für die wachsenden Aufgaben der Betreuung und Unterbringung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen zu entlasten.

Begründung:

Aufgrund der ständig weiter steigenden Flüchtlingszahlen in der Erstaufnahmeeinrichtung in Gießen, sowie der bereits jetzt für 10 Jahre angemieteten Gebäude im ehemaligen US-Depot für die HEAE, steigt für die Stadt Gießen die finanzielle Belastung durch die durch die Kommune zu erbringenden Leistungen enorm. Der Schutzschirm des Landes Hessen zwingt die Stadt durch die verordneten Sparmaßnahmen zu Reduzierun-

gen in Bereichen die dringend erforderlich wären um die zusätzlichen kommunalen Aufgaben rund um die HEAE zu bewältigen. Zusätzliches Sicherheitspersonal in den Bussen, die Einrichtung eines Expressbusses zwischen der HEAE und der Innenstadt, ständige Fehlalarme in der HEAE mit allen daraus für die Freiwilligen Feuerwehren resultierenden Probleme durch die markante Zunahme der Einsätze, der vermehrte Einsatz des städtischen Reinigungs- und Fuhramtes sind nur einige Beispiele für die bereits entstandenen kommunalen Zusatzkosten, die damit auch in den nächsten 10 Jahren auf die Stadt Gießen zukommen.

Von daher appelliert die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Gießen an die Hessischen Landesregierung - im Einvernehmen mit dem Magistrat der Stadt Gießen - zu einer deutlichen Unterstützung seitens des Landes Hessen für die kommunalen Aufgaben rund um die HEAE in Gießen für die nächsten 10 Jahre zu kommen. Dabei ist nicht auszuschließen, dass es auch nach weiteren 10 Jahren aufgrund der politischen -, wirtschaftlichen - und der Klimaprobleme zu einer Belastung bei den Asylbewerberzahlen kommen wird. Es kann nicht

sein, dass aufgrund des Schutzschirmvertrages zwischen dem Land Hessen und der Stadt Gießen Bedingungen zum Schuldenabbau gestellt werden, die aufgrund der Asylbewerberzahlen in der HEAE in Gießen nicht mehr eingehalten werden können. Wenn die Eigenbetriebe der Stadt Gewinne als Dividende zur Haushaltskonsolidierung abführen müssen, andererseits aber Gewinne durch die materiellen und personellen Zusatzkosten für die kommunalen Aufgaben rund um die HEAE gemindert werden, kann die Stadt auf Dauer ihre Verpflichtungen aus dem Schutzschirmvertrag nicht einhalten!

Anmerkung:

Der Appell wurde bei "Nichtteilnahme der CDU" einstimmig von der Stadtverordnetenversammlung gebilligt! Zwischenzeitlich hat das Land Hessen der Stadt Gießen für die zusätzlichen Aufgaben 2,1 Millionen Euro überwiesen. Fraglich ist, ob dies ein einmaliger Betrag oder ein jährlicher Betrag ist. Ob die Stadt Gießen sowohl für die Berufsfeuerwehr, für die Kindergärten und für das Ordnungsamt weiteres Personal einstellen darf ist noch nicht geklärt.

Nutzungskonzept „Am alten Flugplatz“

Eine Änderung des Flächennutzungsplanes für das Gebiet „Am alten Flugplatz“ (ehemals US-Depot) wurde jetzt von der Stadtverordnetenversammlung beschlossen. Ein „Rohentwurf“ für einen Vorentwurf eines Bebauungsplanes wurde dem Magistrat, der Stadtverordnetenversammlung und den Ortsbeiräten Rödgen und Wieseck zur Kenntnis gegeben.

Hier einige wichtige Punkte aus diesem Entwurf:

Die festen Gebäude für Asylsuchende in der HEAE wurden bis 2024 verpachtet.

Die Stadtwerke Gießen erwerben um das bestehende Holzheizkraftwerk eine große Fläche zum weiteren Bau eines Kraftwerkes und ggf. einer Bioabfallfermentierungsanlage!

Die Firma Stanley (ehem. Tucker) wird in das neue Gebiet umsiedeln und eine neue Halle in der Größe 100 x 200m und 10m hoch erstellen. 175 weitere Arbeitsplätze sollen entstehen. Option ist eine weitere Halle mit 100 x 200m und 20m hoch.

In dem Bereich ehem. AAFES in Richtung Ursulum wird ein Industriegebiet mit Gleisanschluss entstehen.

Die Willy-Brandt-Schule und die Berufsfeuerwehr, sowie die Leitstelle des Kreises werden in dieses Gebiet umziehen.

Die Straßenführung in dem Bereich wird neu geregelt, und neue Ausfahrten auf die Rödgener Straße entstehen.



Aktuelles aus dem Stadtparlament

Berichts Antrag zu den Auswirkungen der Flüchtlingszahlen in Gießen vom 1.09.2015

Die Fraktion der Freien Wähler hat folgenden Berichts Antrag in der Stadtverordneten-sitzung eingebracht:

Der Magistrat der Stadt Gießen wird gebeten, der Stadtverordnetenversammlung einen ausführlichen Bericht über nachstehende Fragen zu geben:

1. Wie viele unbegleitete Jugendliche werden derzeit von der Stadt Gießen betreut?
2. Wie lange dauert die Erstattung der Kosten durch das Land Hessen?
3. Wie hoch ist die voraussichtliche Zinsbelastung im Jahr 2015 durch die von der Stadt Gießen vorab zu leistenden finanziellen Mittel für unbegleitete minderjährige Jugendliche?
4. Wie viele Flüchtlinge sind durch den Landkreis Gießen in der Stadt Gießen untergebracht?
5. Wie viele Flüchtlingskinder werden in der Stadt

Gießen durch die KITAS betreut, und reicht die Anzahl der Erzieherinnen für die Betreuung aus?

6. Wie viele Flüchtlingskinder werden im neuen Schuljahr in der Stadt Gießen voraussichtlich eingeschult, und wie werden dazu vom Schulamt die Deutschunterrichte für fremdsprachige Schülerinnen und Schüler organisiert?

Begründung:

Eine exakte Zahl der Flüchtlinge in der Stadt Gießen sowohl in der HEAE wie auch in angemieteten Unterkünften durch den Landkreis Gießen liegt derzeit nicht vor. Durch die Medien wurde bekannt, dass der Kreis Gießen auch in der Stadt Gießen Flüchtlinge untergebracht hat, und eine Einrichtung nur für Frauen in Gießen eingerichtet werden soll. Die Stadt Gießen ist daher für die Kinder dieser Flüchtlinge in der Stadt Gießen sowohl für die Betreuung in Kindergärten wie auch für die Teilnahme an Schulunterricht verantwortlich. Die

Problematik des Fehls einer ausreichenden Zahl an Erzieherinnen für die KITAS ist bekannt. Von daher ist es wichtig, wie organisatorisch genügend Personal auch für die Betreuung von Flüchtlingskindern in den KITAS zur Verfügung gestellt werden kann. Dies gilt auch für den Schulunterricht von Flüchtlingskindern, die überwiegend erst die deutsche Sprache lernen müssen.

Im Hinblick auf den Haushalt der Stadt Gießen für 2016 sind auch die entfallenden Kosten für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge, die aufzunehmenden Kredite, und die Zinszahlungen dafür von Bedeutung.

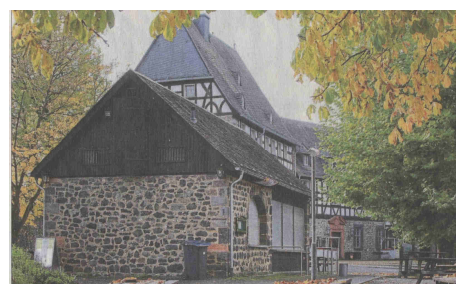


Heiner Geißler
FW-Fraktionsvorsitzender

Klosteranlage Schiffenberg

Nach den aktuellen Planungen soll der Kiosk im Innenhof der Klosteranlage Schiffenberg an einer anderen Stelle stehen. Warum soll dies plötzlich geändert werden? Nur weil viele Leute statt des Haupteingangs den Nebeneingang vom Parkplatz aus benutzen muss doch nicht der Kiosk abgebaut und an anderer Stelle wieder aufgebaut werden. Jahrzehntlang hat man sich an dieses Bild gewöhnt. Vom Stil her passt es sich harmonisch in das Gesamtgefüge der Klosteranlage ein.

Wir meinen, dieses Geld kann man an anderer Stelle sinnvoller ausgeben!



**Jeder meckert,
keiner macht was!
Andere reden nur,
wir handeln!**

Problemfeld Marktplatz

Ein ständiges Problem in Gießen ist die Punker- und Obdachlosenszene im Bereich **Markt- und Kirchenplatz**. Gerade in letzter Zeit häufen sich die Beschwerden von Anliegern und Geschäftsleuten in diesem Bereich, wie man auch den heimischen Medien entnehmen konnte. Aggressives Betteln, pöbelhaftes Verhalten, interne Auseinandersetzungen der Gruppen und ruhestörender Lärm bis tief in der Nacht sind nur einige Begleitumstände in diesem Bereich. Umso mehr verwundert es, dass ausgerechnet Bürgermeisterin Weigel-Greilich feststellt, dass es keine rechtliche Grundlage gibt gegen diese Gruppen vorzugehen, so FW-Stadtverbandsvorsitzender Johannes Zippel und FW-Fraktionsvorsitzender Heiner Geißler.

Gerade die im Jahr 2002 von CDU, Freien Wählern und der FDP beschlossene Gefahrenabwehrverordnung der Stadt Gießen gibt genug Spielraum um gegen diese Gruppen vorzugehen. Im § 13 ist klar geregelt, dass aggressives Betteln, Lagern und Nächtigen, sowie übermäßiger Konsum von Alkohol in der Öffentlichkeit verboten ist. Bei Anwendung der

Gefahrenabwehrverordnung ist daher vom Platzverweis bis zu einer Anzeige durch das Ordnungsamt ein Vorgehen möglich. Wenn durch Platzverweise, Anzeigen und evtl. durch Geldstrafen deutlich wird, dass die Stadt als Ordnungsbehörde sich nicht „auf der Nase herumtanzen“ lässt, dann wird auf absehbare Zeit auch in diesem Bereich wieder Ruhe einkommen, sind sich die Freien Wähler sicher.

Um aber gerade den § 13 der Gefahrenabwehrverordnung deutlicher zu formulieren wird die FW-Fraktion einen Änderungsantrag dazu in die Stadtverordnetenversammlung einbringen. Nach ausführlichen Recherchen erst in den letzten Jahren geänderter Gefahrenabwehrverordnungen anderer Städte in Hessen sehen auch die Freien Wähler Handlungsbedarf in Gießen. Wir hoffen, so Zippel und Geißler, dass dieser Antrag eine Mehrheit findet, und der Magistrat in Zukunft nicht nur Lippenbekenntnisse abgibt um in diesem Bereich tätig zu werden, sondern mit allem Nachdruck dafür sorgt Bürgerinnen und Bürger wieder unbesorgt Marktplatz und Kirchenplatz betreten können.

Schon mal nachgedacht über...

Kommunalwahl 2016

FREIE WÄHLER

Bahnhofstreppe

Seit unserer erstmaligen Zugehörigkeit zur Gießener Stadtverordnetenversammlung 1997 bemühen wir uns mit Anträgen, Ständen im Seltersweg und Unterschriftenaktionen die historische Bahnhofstreppe in Gießen zu retten. Bisher leider erfolglos. Immer wieder dienen die fehlenden finanziellen Mittel zur Begründung. Wenn nicht bald etwas geschieht wird ein weiteres historisches Denkmal in Gießen verschwunden sein.



Tempo 30 für Gießen

Die Grünen fordern in ihrem verabschiedeten Programm für die Kommunalwahl 2016 die Ausweitung der Tempo 30 als innerstädtische Regelgeschwindigkeit! Was soll denn dieser Schwachsinn. Gießen ist eine Dienstleistungsstadt, und die meisten Arbeitnehmer/-innen fahren von außerhalb in die Stadt zu ihrer Arbeitsstelle. Mit dem Fahrrad lässt sich dies sicherlich nicht immer bewerkstelligen, und auch der öffentliche Nahverkehr verkehrt nicht im Minutentakt. Außerdem - welcher Radfahrer hält sich eigentlich an Tempo 30?

Baumschutzsatzung

Auch die beantragte Baumschutzsatzung ist eine grüne Schnapsidee. Erst werden von der Stadt überall die Bäume gefällt, und dann sollen die Grundstückseigentümer eine Baumschutzsatzung übergestülpt bekommen. Die Grünen sollten als Verantwortliche in der Regierungskoalition mit der SPD erst einmal vor der eigenen Tür kehren bevor es Eingriffe in das persönliche Eigentum Anderer gibt. Wir lehnen diese Satzung ab und hoffen, dass es auch nach der Kommunalwahl nicht zu einer Mehrheit mit den Grünen kommt.

Rücknahme 30er Zone

Die Fraktion der Freien Wähler hatte folgenden Antrag in der Stadtverordnetensitzung behandeln lassen: Der Magistrat der Stadt Gießen wird gebeten, nach Abschluss der Landesgartenschau die Tempo 30 Schilder in der Ringallee wieder zu entfernen. Der Bereich vor Theodor-Litt-Schule und Kindergärten soll auf Grund des Gefahrenpotentials weiterhin als Tempo 30 Zone bestehen bleiben.

Anmerkung: Die Tempo 30 Regelung in der Ringallee wurde jetzt vom Regierungspräsidenten aufgehoben, und genau wie die Freien Wähler dies beantragten gibt es die 30km-Beschränkung nur noch für die Schule und für die Kindergärten. Außerdem prüft der RP noch die Aufhebung der 30km-Beschränkung für die Eichgärtenallee.

Flüchtlingzahlen Gießen 2015

(Auszug aus einem Presseartikel der FW vom Januar 2015)

Gießen wird erst spürbar entlastet wenn die Flüchtlingszahlen nach Deutschland insgesamt zurückgehen, diese Meinung vertritt Johannes Zippel von den Freien Wählern Gießen. Die Einrichtung von zwei weiteren Flüchtlingsunterkünften in Büdingen und in Neustadt für insgesamt 1660 Flüchtlinge im Laufe des Jahres 2015 muss erst noch erfolgen, wie in den Medien zu lesen war. Dafür hat das Land Hessen 54 Millionen Euro zur Verfügung gestellt, so dass jetzt erst mit Nachdruck die Voraussetzungen für die Aufnahme von Flüchtlingen in den neuen Unterkünften erfolgen können. Dabei muss aber festgestellt werden, dass die Unterbringung von 1600 Flüchtlingen in diesen beiden Städten frühestens im Herbst 2015 möglich erscheint. Jetzt im Frühjahr sollen lediglich ca. 300 Flüchtlinge in Neustadt untergebracht werden. Dies kann für Gießen nur ein Tropfen auf dem heißen Stein sein.

Sollten dann – wie in den letzten Jahren bereits geschehen – die Flüchtlingszahlen weiter zunehmen wird dies mit Sicherheit nicht zu einer spürbaren Entlastung der Gießener Einrichtungen führen. Bemerkenswert ist auch, dass

sich der Bürgermeister von Neustadt bereits jetzt zu Wort gemeldet hat, dass sich 700 Flüchtlinge bis Ende des Jahres negativ auf die Stadt auswirken könnten. Dies entspräche ca. 10 % der Bevölkerung. Die Stadt Gießen, und hier insbesondere der Stadtteil Rödgen, müssen aber damit auskommen, dass rund 3000 Flüchtlinge im US-Depot die 1800 Einwohner von Rödgen deutlich übertreffen.

Anmerkung: Heute — im November 2015 — sind statt 3000 Flüchtlinge mindestens 5000 Flüchtlinge im ehem. US-Depot untergebracht. Insgesamt in Gießen über 6000. Dazu kommen noch ab November 2015 500 unbegleitete minderjährige Jugendliche, die Einrichtung nur für Frauen, sowie Flüchtlinge in bereits angemieteten Wohnungen durch den Landkreis Gießen! Im Januar 2015 wurde versprochen, wenn die neuen Außeneinrichtungen de HEAE in Stadtallendorf, Büdingen und Hess. Lichtenau eröffnet werden, wird dies zu einer Entlastung in der HEAE in Gießen führen. Mittlerweile sind noch weitaus mehr Außeneinrichtungen eröffnet worden, und von einer Entlastung für Gießen kann noch lange nicht gesprochen werden!

750 Jahre gehört Gießen zu Hessen

Wussten Sie, dass Gießen bis im Jahr 1265 nicht zu Hessen gehörte? Erst 1265 kaufte Heinrich I., Landgraf von Hessen, vom Grafen Ulrich I. von Asperg (der aus dem Hause der Pfalzgrafen von Tübingen stammte) Gießen ab. Seit diesem Zeitpunkt gehört Gießen zu Hessen.

Es ist schade, dass die Stadt Gießen für alle möglichen kulturellen Anlässe Geld zur Verfügung stellt, hier aber aus Kostengründen noch nicht einmal eine kleine Feierstunde durchgeführt hat.



Impressum: **FW-aktuell** erscheint unregelmäßig und wird herausgegeben von den Freien Wählern Gießen. Verantwortlich für den Inhalt: Johannes Zippel, Gießen. - Auflage dieser Ausgabe 40000 Stück. Redaktion: Johannes Zippel, Heiner Geißler, Peter Ruhwedel www.fw-giessen.de / E-Mail: info@fw-giessen.de